Sitzungsvorlage für die Samtgemeinde Elm-Asse

Beratungsfolge	Öffentlichkeitsstatus	Aufgabe
Ausschuss für Bauwesen, öffentliche Einrichtungen und Feuerwehrwesen	öffentlich	Vorberatung
Samtgemeindeausschuss	nicht öffentlich	Vorberatung
Samtgemeinderat Elm-Asse	öffentlich	Entscheidung

**Betr.: 18. Änderung des Flächennutzungsplanes Bereich ehemalige Samtgemeinde Asse;
hier: Beratung über die im Auslegungsverfahren gem. § 3 (2) und der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB eingegangenen Stellungnahmen**

Beschlussvorschlag:

Der Samtgemeinderat beschließt zu den gem. § 3 Abs. 2 in Verbindung mit § 4 Abs. 2 BauGB vorgebrachten Anregungen so, wie es sich aus der Anlage zu dieser Ratsdrucksache ergibt.

Berichterstatter/in:

Begründung:

Nach § 3 Abs. 2 BauGB sind die Entwürfe der Bauleitpläne mit der Begründung und den nach Einschätzung der Gemeinde wesentlichen bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen für die Dauer eines Monats öffentlich auszulegen. Ort und Dauer der Auslegung sind mindestens eine Woche vorher ortsüblich bekannt zu machen. Dabei ist darauf hinzuweisen, dass Stellungnahmen während der Auslegungsfrist abgegeben werden können und das nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen bei der Beschlussfassung über den Bauleitplan unberücksichtigt bleiben können.

Der Samtgemeindeausschuss hat in seiner Sitzung am 18.10.2016 dem Entwurf der 18. Änderung des Flächennutzungsplanes für den Bereich der ehem. Samtgemeinde Asse und der Begründung einschl. Umweltbericht zugestimmt und die öffentliche Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB beschlossen. Weiterhin hat er beschlossen, die Be-

teiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB gleichzeitig vorzunehmen.

Der Planentwurf der 18. Änderung des Flächennutzungsplanes für den Bereich der ehem. Samtgemeinde Asse und die Begründung einschl. Umweltbericht haben in der Zeit vom 07.03. bis 07.04.2017 öffentlich ausgelegen. Dieses ist am 27.02.2017 bekannt gemacht worden.

Die Prüfung der vorgebrachten Stellungnahmen muss erfolgen, bevor der Feststellungsbeschluss gefasst wird. Für die Art und den Umfang der Stellungnahmen sind keine gesetzlichen Schranken gezogen. Es können also private wie öffentliche Belange geltend gemacht werden.

Verwaltungsseitig wird empfohlen, die eingegangenen Stellungnahmen so zu behandeln, wie es sich aus der **Anlage** zu dieser Sitzungsvorlage ergibt.

Regina Bollmeier

Anlagen: